

Kollaps und Staatsauflösung: Der Fall (der) DDR

- Friedliche Revolution?
- „Frozen Post-totalitarian System“
- Keine Spaltung in Soft- und Hardliner
- Ursachenkette des Kollapses
 1. Systeme/strukturelle Ursachen:
Legitimationskrisen
 2. Außenpolitischer Wandel: Aufgabe der
Breschnew-Doktrin
 3. Politische Haltung: Massenprotest, Massenflucht
 4. Regimekollaps

Wirtschaftliche Legitimationskrise

- 80er Jahre verschärfende Krise
- Autarkie, Ineffizienz, Abkopplung von der mikroelektronischen Revolution
- Kein funktionierender Preismechanismus
- Produktion an Konsumwünschen vorbei
- Systemkonkurrenz mit dem Westen/BRD
- Diskrepanz zwischen Produktivismus und Unproduktivität

Politische Legitimationskrise

- Keine legitimationsstiftende Partizipation
- Scheinpluralismus
- Freiheitsberaubung
- Repression

Rechtsstaatliche Legitimationskrise

- Rechtssetzung, Rechtssprechung, Verwaltung
 - Rechtssetzung: Exekutive (Ministerrat, Politbüro)
 - Rechtssprechung: keine Normenkontrolle (Verfassungsgericht), keine Verwaltungsgerichtsbarkeit
 - Verwaltung: Intransparenz, hoheitsstaatlich, repressiv, unkontrollierbar

Sozialstaatliche Legitimationsebene

- Soziale Standardrisiken ausgeschaltet
- Vollbeschäftigung
- Staatliches Gesundheitssystem
- Kinderbetreuung
- „Informeller Sozialvertrag“: Sicherheit gg. Freiheit
 - ⇒ für jüngere Generation immer weniger bindend,
aber: keine Legitimationsproblematik; relativ egalitäre
Distribution

Ideologisch-moralische Legitimationsebene

Marxismus-Leninismus: zukunftsorientiert

- Monistische, altruistische Ethik
- Konkurrenz: altruistische-individualistische Ethik
- Widerspruch: Ziele und Gegenwart

Nationalstaatliche Legitimationsproblematik

- Volksnation, Kulturnation, Staatsbürgernation
- 50er Jahre: 2 Staaten, 1 Nation
- Fehlschlag Klassennation

→ Legitimationsprobleme latent, leichte Verschärfung auf manchen Ebenen in den 80er Jahren

Wandel der außenpolitischen Rahmenbedingungen

- 1985 „Wahl“ Gorbatschows
- Aufgabe der Breschnew-Doktrin des „sozialistischen Internationalismus“
- Wegfall der Interventionsgefahr
- Opposition in Polen
- Perestroika und Glasnost in der SU
- Reformen von oben in Ungarn
- 40-Jahresfeier der DDR in Ostberlin: keine „Beistandsgarantie“
- DDR-Führung: Reformunwilligkeit, verweigerter Politikanpassung

Politisches Handeln

- Systemkrisen und politisches Handeln: Struktur und Akteur, Makro- und Mikrologik
- Warum Risikobereitschaft und Massenprotest im Herbst 1989?
- 3 Thesen:
 - ⇒ individuelles politisches Handeln unterliegt Kosten-Nutzen-Kalkül
 - ⇒ auch kollektives Handeln ist über utilitaristische Mikrologik erklärbar
 - ⇒ Wahl der Handlungsalternativen mit größtem Nutzen
 - Herausbildung realisierbarer Systemalternativen?
 - Genügt das zur Erklärung der Massenmobilisierung?

- **Die Kalkulation:**
 - Potenzieller Nutzen: mehr Freizügigkeit und Freiheit, Partizipation, mehr Berufs- und Lebenschancen
 - Potenzielle Kosten: Haftstrafen, Repression, berufliche Nachteile
 - Handlungsschwäche der alten Regimeeliten (Republikflucht (Ungarn, Prag)), außenpolitische Situation
 - Gesetz der großen Zahl: Risikovermeidung
 - Hohe potenziell Kosten für Repression bei Hardlinern

Wiedervereinigung

- Demokratisierung: Runder Tisch, freie Wahlen
- Organisation der Staatsauflösung
- Wiedervereinigung
- Übernahme: Institutionentransfer, Organisationstransfer, Finanztransfer
- Rasche Konsolidierung der Demokratie
- Besonderheit: PDS
- Soziale Kosten: Frauen, Ältere, Arbeitnehmer, Arbeitslose
- Geteilte politische Kulturen

Wiedervereinigung

- Der innenpolitische Weg -

- Druck von der DDR-Bevölkerung: von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk.“
- Tagtägliche Massenwanderungen nach dem 9. November 1989
- Wahlen im März 1990
- Wahlsieg der Christdemokraten: Große Koalition unter Lothar de Maizière
- Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Staatsvertrag vom 1. Juli 1990.
- Der Wahlvertrag vom 3. August (bundesdeutsches Wahlsystem ohne bundesweit gültige 5-%-Klausel) war die Grundlage der Erklärung der Volkskammer zum Beitritt der DDR „zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“ nach Artikel 23 GG mit Wirkung zum 3. Oktober 1990
- Die rechtlichen Grundlagen für die Vereinigung wurden im „Vertrag zwischen der BRD und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ (Einigungsvertrag) gelegt.

Wiedervereinigung

- Der außenpolitische Weg -

- Die SU beharrte zunächst auf der Neutralität des vereinigten Deutschlands
 - Die USA beharrte auf Einbindung in NATO und EG, sonst positiv
 - Großbritannien und Frankreich zunächst skeptisch
 - Februar 1990: Beginn der 2-plus-4-Gespräche:
 - Die Deutschen sollten eigenständig über ihre Vereinigung entscheiden;
 - Die polnische Westgrenze sollte in völkerrechtlich verbindlicher Form entschieden werden;
 - Bilaterales Gespräch zwischen Gorbatschow und Kohl im Juli 1990 bringt Durchbruch → Deutschland soll allein über seine bündnispolitische Integration entscheiden.
- ⇒ 19. September 1990: 2-plus-4-Mächte unterzeichnen „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“